Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper, Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Janaur 23, 1868.

Wichtige Ereignisse!

Während der letzten Woche haben sich wichtige Ereignisse in Waschington zugetragen: Ereignisse, die unter dem Volke eine ungeheure Sensation hervorriefen — nämlich die Wiedereinsetzung Stanton's als Kriegssekretär, und der Rücktritt des Gen. Grant.

Der mausstille, unverkäufliche Ulysses Grant, hat sein Wort gebrochen, hat an dem Präsidenten der Ver. Staaten den Verräther gespielt, ist in die Falle gegangen, und hat sich den Radikalen ergeben! Er holte, wie jene Katze die Kastanien aus dem Feuer, und übergab das Portfeuille des Kriegsministeriums wieder seinem Vorgänger, dem Frauenmörder und verruchten Stanton! Wie tief sind die Großen gefallen!

Doch, dieses ist noch nicht alles, welches die Sensation hervorrief. Auch der radikale Congreß ergreift Gewaltmaßregeln, um seine despotische Herrschaft aufrecht zu erhalten, wohl wissend, daß die korrupte radikale Partei am Zusammenbrechen ist. Es sollen nämlich der Supreme Court und dem Präsidenten die Hände noch mehr wie bisher gebunden werden. Uebrigens wird sich die Supreme Court wenig um die erlassenen Gesetze des Rumpf-Congresses bekümmern, und nach wie vor die Constitutionalität der passirten Gesetzen nach der Constitution entscheiden. Präsident Johnson ist jedoch unter den Umständen in einer peinlichen Stellung. Soll er den radikalen Umstürzlern ein gebieterisches Halt! zurufen, oder soll er die Sache dem Volke überlassen, um sie durch die im Laufe dieses Jahres abzuhaltenden Wahlen zu erledigen? In ersterem Falle meinen Manche, es könnte zu einem Bürgerkriege führen, während in letzterem Falle zu befürchten ist, daß die radikalen Verschwörer Mittel finden werden, den ausgesprochenen Volkswillen zu umgehen. Einen Bürgerkrieg hervorrufen? Fern davon! Die Radikalen würden lieber ihre Flucht durch die hinteren Fenster des Capitolgebäudes nehmen, gleich ihrem Führer, Thad. Stevens im Jahr 1838 in Harrisburg, als den ersten Schlag zu einem Bürgerkrieg zu thun; ihre Courage haben sie ja im letzten Kriege gezeigt, wo sie—hübsch zu Hause blieben, und Solche in den Krieg gehen ließen, die keinen Substitut stellen, oder das festgesetzte Blutgeld—$300—nicht bezahlen konnten.

Hätte Präsident Johnson die Energie und Courage eines Jackson, so würde er Stanton und die ganze radikale Sippschaft in Waschington wie Spreu zerstreuen. Laßt ihn direkt an das souveraine Volk appelliren, es zu Hülfe rufen, und—die Eisenbahnen der ganzen Ver. Staaten wären nicht im Stande, die Menschenmasse nach Waschington zu befördern! Hat Johnson den Muth? Wir zweifeln.

Bei so drohenden, unbefriedigenden Aussichten ist selbstverständlich an keine Besserung der Geld- und Geschäfts-Verhältnisse zu denken. Gold ist bereits wieder auf 140 gestiegen!

Das Treiben der Radikalen.

Das Treiben der Radikalen scheint keine Grenzen zu haben. Nicht genug, daß sie dem Süden eine Negerherrschaft aufgebürdet, nicht genug, daß sie durch ihre Mißkonstruktionspläne den Handel und Wandel des Landes ruinirt haben, sind sie jetzt daran Gesetze zu machen, deren Ausführung dem Congreß eine größere Macht als dem Kaiser von Rußland verleiht, und uns an den Rand der Anarchie bringen würde.

Dem Congreß liegen nämlich jetzt Gesetzesvorschläge vor, um die Supreme Court,—das höchste Tribunal dieses Landes—in seinen Rechten zu schmälern! dieß geschieht deßhalb, weil man befürchtet, die Supreme Court werde gegen die passirten Reconstruktionsgesetze des Congresses entscheiden. Bisher erforderte es blos eine Mehrheit der Richter, um eine Entscheidung als endgültig zu erklären. Nun bringen aber die Radikalen eine Bill ein, welche bestimmt, daß, um ein Congreßgesetz für unconstitutionell zu erklären, nicht eine bloße Mehrheit, sondern zwei Drittel der Supreme Richter nöthig seien. Es wurde sogar der Vorschlag gemacht, daß sie einstimmig sein müßten, um ein Congreßgesetz umzustoßen, und dieser Vorschlag würde ohne Zweifel auch angenommen sein, wenn es sich als nöthig herausgestellt hätte.—Die Constitution giebt indeß dem Congreß durchaus keine Gewalt, in dieser Weise zu handeln. Die Supreme Court steht in ihrem Wirkungskreise unabhängig da, und darf auch der Laune einer wechselnden Congreß Mehrheit nicht unterworfen sein, wenn sie ihre hohe Aufgabe erfüllen soll. Erwähnte Bill ist durch eine strikte Partei Stimme im Hause passirt; vermuthlich wird sie im Senat auch durchgehen. Man darf erwarten, daß sie entschlossenen Widerstand beim Präsidenten und bei der Supreme Court selbst findet.

Der zweite Gesetzvorschlag will die Gewalt des Präsidenten als Oberbefehlshaber der Armee beschränken, welche Stellung ihm die Constitution mit bestimmten Worten anweist. Schon in früheren Nummern der „Staatszeitung" haben wir davon gesprochen, daß die zehn südlichen Staaten, welche noch nicht wieder in die Union aufgenommen sind, aus den jetzigen fünf in einen Militär Distrikt umgewandelt werden sollen, zu dessen alleinigen Befehlshaber man Gen. Grant ernennen will: Er soll dem Oberbefehle des Präsidenten entrückt werden und unumschränkte Gewalt erhalten, die Rekonstruktions Gesetze des Congresses im Süden zur Ausführung zu bringen. Gen. Grant, wie hoch man ihn auch erhoben haben mag, ist doch weiter nichts, als der erste Soldat der Republik. Als solcher schuldet er seinem Vorgesetzten, dem Präsidenten, Gehorsam, und wenn er eine Stellung übernehmen sollte, die ihn mit dem Präsidenten in Streit bringt, so verletzt er die erste Pflicht eines guten Soldaten. Einsichtige Freunde Grant's erkennen deshalb auch in jener beabsichtigten Maßregel lediglich eine Falle, welche die Unterstützer anderer radikalen Präsidentschafts Candidaten dem Gen. Grant stellen. Geht er nämlich darauf ein, vergißt er die Rücksicht, welche er seinem Vorgesetzten schuldig ist, so verschreibt er sich mit Leib und Seele den Radikalen. Ja, da er die Ausführung ihrer schändlichen Maßregeln zu betreiben hat, so trifft ihn hauptsächlich der Haß, welchen dieselben schon hervorgerufen haben und ferner noch in erhöhtem Maße hervorrufen werden. Seine Nomination wird hauptsächlich von dem gemäßigtem Theile der republikanischen Partei befürwortet, und wenn er sich mit diesem auf erwähnte Weise entzweit, so hat er als Präsidentschafts Candidat überhaupt ausgespielt.

Die Platform der Demokraten von Ohio.

Unsere demokratischen Brüder von Ohio haben bei ihrer letzten Staats-Convention in Columbus eine Plattform aufgestellt, die den Standpunkt der Demokraten nicht allein von Ohio, sondern von allen Staaten klar macht, und die herzlichste Zustimmung aller wahren Vaterlandsfreunde erhalten wird. Sogar der radikale Cincinnati „Commercial', sagt, daß diese Plattform mit Fähigkeit aufgesetzt sei und verschiedene gute Paragraphen enthalte, und daß sie, soweit sie den Zeitverhältnissen und einem gesunden Fortschritt Rechnung trägt, das beste Dokument dieser Art sei, was seit Jahren von irgend einer Partei jenes Staates präsentirt wurde — und was mehr ist—sie bezeichnet auf's Genaueste die Grundsätze und Maßnahmen, durch welche die Demokratie von Ohio die Wohlfahtt des Staates und der ganzen Union zu befördern hofft.

Die Plattform tritt zunächst entschieden den alten Verläumdungen des Radikalismus entgegen, indem sie besagt:

daß die Sklaverei abgeschafft ist und die demokratische Partei nicht daran denkt, sie je wieder einzuführen;

daß die von den Südstaaten während der Rebellion und in Folge derselben gemachte Schuld nicht von uns übernommen werden darf;

daß den Unionssoldaten der Dank des Landes gebührt, und

daß die öffentliche Schuld der Union auf Heller und Pfennig bezahlt werden soll und muß.

Ferner erklärt sie:

Daß die Abzahlung der Fünfzwanziger Bonds in demselben Gelde geschehen soll, welches die Regierung dafür erhielt (also in Greenbacks) und daß dieselbe durch Aufhebung der Nationalbanken, ohne eine schädliche Vermehrung des Papiergeldes und ohne Verletzung irgend eines gegebenen Versprechens oder gemachten Contraktes, zur großen Erleichterung der öffentlichen Steuerlast und zur Beschleunigung der Wiederaufnahme der Hartgeldzahlung stattfinden könne;

daß die Union niemals aufgelöst und kein Staat jemals außerhalb derselben war, folglich alle Staaten zur Vertretung im Congreß und im Wahl-Collegium berechtigt sind;

daß die Gewaltanmaßungen des Congresses und besonders seine verschiedenen Reconstruktions-Gesetze von der demokratischen Partei verdammt werden, weil sie zehn Staaten der Herrschaft einer ungebildeten und brutalen Menschenrace überliefern;

daß das Volk zur Unterstützung des Präsidenten Johnson, in seinem Kampfe gegen congressionelle Willkür und zur Behauptung der Constitution und der Rechte der Weißen im Süden, verpflichtet sei, und

daß die in Amerika naturalisirten Bürger alle Rechte der eingeborenen Bürger besitzen und in denselben geschützt werden sollen.

Das ist in Kürze, das Glaubensbekenntniß das Demokraten von Ohio, und wir möchten fragen, was wohl ein nicht ganz von Parteileidenschaft verblendeter Mensch dagegen einzuwenden haben könnte?

Eine schöne Bande

muß die Convention sein, die gegenwärtig in Alabama tagt. Bekanntlich besteht diese Convention großentheils aus Negern, die hier zum ersten Male ihr gesetzgeberisches Licht leuchten lassen. Die radikalen Weißen, meistens eingewanderte nördliche Abenteurer, Glücksritter, greifen dabei den schwarzen Brüdern kräftig unter die Arme und da ist es denn wohl kein Wunder, daß die schönsten Blüthen salomonischer Weisheit zum Vorschein kommen. Weit entfernt, daß sich der Convent darauf beschränken sollte, eine afrikanische Constitution für den reconstruirten Staat zu entwerfen, verlegen sich die dunkeln Mitglieder auf alle möglichen Dinge, die gar nicht in ihr Fach gehören, und spielen den Gesetzgeber, Richter, ja den Staat selbst, in Einer Person. So halten es diese Sambos auch für ihre Aufgabe, die ehelichen Verhältnisse zu afrikanisiren und auf diese nagelneue Weise die Sittlichkeit zu befördern. Vor einigen Tagen meldete eine Depesche: Heute hat die Convention acht Ehescheidungen bewilligt und einen der Doppelehe Angeklagten freigesprochen.

Bully! wie die Amerikaner sagen. Bald wird der Staat Alabama als Paradies für Alle gelten, die ihre Männer oder Weiber auf die kürzeste Art los sein wollen. Man reicht sein Gesuch bei irgend einem schwarzen Conventions-Mitgliede ein, giebt ihm ein gutes Trinkgeld und das Geschäft ist abgemacht. Uebrigens sind die Geniestreiche dieser Muster Convention denn doch selbst dem commandirenden militärischen Statthalter, General Pope, zu toll geworden und er hat, einer vorliegenden beglaubigten Nachricht zufolge, die folgende Privatdepesche an Gen. Swayne abgesandt.

Atlanta, Ga., 2. Dez. 1867.

An Brevet Gen. Maj. Swayne, V. St. A. u. s. w. Kann nicht die Convention bewogen werden sich ohne irgend welche weitere gesetzgeberische Thätigkeit zu vertragen? Sie fügt durch ihr jüngstes Auftreten der Reconstruktion unberechenbaren Nachtheil zu. John Pope,
Brevet Gen. Maj. der V. St. A., Befehlshaber.

Am 6ten hat sich die Convention endlich vertagt und eine Constitution nach radikalem Zuschnitt zu Stande gebracht.

Ver. Staaten Senatoren erwählt.

Richter Thurman, der fähige und talentvolle Staatsmann, und letzten Herbst der demokratische Gouverneurs-Candidat von Ohio, (seine Erwählung zum Gouverneur wurde durch einige hundert Negerstimmen vereitelt,) wurde vorige Woche von der Gesetzgebung des genannten Staates zum Verein. Staaten Senator erwählt. Er tritt an die Stelle des alten brutalen Benjamin Wade, der nach Ablauf seiner Dienstzeit, nächsten 4ten März, in die Backwoods zurückziehen, und hoffentlich nie mehr zum Vorschein kommen wird.

Der Achtb. Wm. F. Hamilton, ein hervorragender Demokrat von Hagerstown, wurde letzte Woche von der Gesetzgebung von Maryland zum Ver. Staaten Senator jenes Staates an die Stelle des Reverdy Johnson erwählt.

Gesetzgebung von Ohio.

Am 6. Januar, um 10 Uhr Vormittags, trat die General-Assembly in Columbus zusammen. Sämmtliche Mitglieder waren anwesend.

Das Haus erwählte John F. Follett zum Sprecher, Amos Layman zum 1. Clerk und John A. Cockerill und Samuel Picket zu Sergeants-at-Arms.

Der Senat ernannte Charles B. Flood zum Chief Clerk, Dan. Flanagatt zum 1. Assistent-Clerk, W. R. Nutt zum 2. Assistent-Clerk und Benj. Williams zum Sergeant-at-Arms.

Darauf vertagten sich beide Häuser bis Nachmittags, wodann Gouverneur Cox seine Botschaft einsandte. Dieselbe bezieht sich hauptsächlich auf Lokal-Angelegenheiten. Die Steuer-Reduktion nach der Gesetzgebung des vorigen Winters beläuft sich auf $3,000,000.

Am Ende des Etatsjahres dürfte ein Activa-Kassenbestand von $376,486,96 verbleiben. — Der Gouverneur schlägt vor, daß das Steuergesetz revidirt und daß die vielen Annomalien desselben ausgemerzt werden sollten.

McClernand contra Grant.

General John A. McClernand, der zu Vicksburg das 13. Corps commandirte, hat einen scharfen Brief veröffentlicht, in welchem er sagt, Gen. Grant habe in seinem Berichten dem 13 Corps niemals Gerechtigkeit widerfahren lassen, weil er dem Commandeur desselben feindselig gesinnt war. Darüber liegen die Beweise in den Acten des Kriegs ministeriums. „General Grant," sagt er, „würde ganz anders in der öffentlichen Achtung stehen, wenn sein wahrer Character bekannt wäre." Wir glauben's auch.

Was zwei „Gesinnungstüchtige" von den Deutschen halten.

Der „Neue Anz. d. Westens" schreibt: Gouverneur Brownlow von Tennessee, von jeher ein wüthender Know-Nothing, hat sich, wie aus Nashville gemeldet wird, wieder einmal ungebührlich aufgeführt. Der gesinnungstüchtige Gouverneur ist aus irgend einem uns unbekannten Grunde nicht gut auf die Deutschen zu sprechen, obwohl diese in der Mehrheit für das halbverrückte Scheusel gestimmt haben. Vor einigen Tagen soll er in einem Anfalle übler Laune gegenüber einem Beamten deutscher Abkunft geäußert haben, daß die Hälfte der hiesigen Deutschen in ihrer alten Heimath im Zuchthause gesessen haben.

Darauf dankte der Betreffende ab und die Deutschen von Nashville wollen eine Indignations-Versammlung halten.

Der Vorfall erinnert uns an unsern Missouri Drake, welcher sich in der Sitzung der Legislatur die infamsten Angriffe auf die deutschen Frauen und auf das deutsche Familienleben erlaubte, und—zur Anerkennung dafür—später durch deutsche Stimmen zu wichtigen Aemtern gewählt wurde, die ihm den Weg in den Ver. Staaten Senat bahnten.

Brownlow ist bereits Senator und die Deutschen, welche er jetzt als Zuchthäusler behandelt, haben in der Mehrheit für das Scheusal gestimmt. Unter diesen Umständen und im Hinblick auf die Thatsache, daß Brownlow's Charakter schon seit Jahren sattsam bekannt war, können wir dieser Indignationsversammlung keinen Werth beilegen. Brownlow selber wird sich wenig daraus machen, denn er braucht die deutschen Stimmen nicht mehr, da er die Neger jetzt auf seiner Seite hat.

Beabsichtigte Amendirung des Steuergesetzes.

Sobald im Senat die Steuerbill zur Erwägung kommt, wird Senator Henderson folgendes Amendement vorschlagen: „Die Steuer ist von allen Manufaktur-Artikeln, mit Ausnahme von Whiskey und Tabak, zu entfernen, und in Bezug auf jene Artikel sind neue Mittel für die Besteuerung derselben anzuordnen. Die Einkommen- und die Stempelsteuer, die Licenzsteuer, die Besteuerung der Einnahmen der Eisenbahnen und Dampfschiffe und anderer derartiger Institute hat fortzudauern und das gegenwärtige kostspielige System der Steuerperception ist abzuschaffen."

Verhandlungen der Legislatur.

Senat.

Mr. Searight, Demokrat von Fayette County brachte eine Bill ein zur Widerrufung des monströsen und schändlichen Temperenzgesetzes passirt in der letzten Gesetzgebung, welches die „Staaeszeitung" damals mit schwarzer Randverzierung brachte. Senator Searights Bill lautet wörtlich:

„Eine Acte zur Widerrufung einer Acte, Constabler und Polizisten ermächtigend, Ordnung aufrecht zu erhalten in Speisehäusern, Saloons, &c., passirt 1867.

Sektion 1. Sei es verordnet, daß die Acte betitelt „Eine Acte, Polizisten und Constabler ermächtigend, Ordnung zu halten in Wirthschaften, genehmigt den 17ten April 1867, hierdurch widerrufen ist.

Sektion 2. Die Court der vierteljährlichen Sitzungen jedes Counties, anthorisirt unter den bestehenden Gesetzen, Lizensen auszutheilen, mag diese in jeder Sitzung ausgeben. Vorausgesetzt, der Applikant für jede Lizens soll eine Petition einreichen und einen Bond ausstellen, nach dem Gesetz.

Sektion 3. Jede lizensirte Person soll bei Uebernahme der Lizens berauschende Getränke zu verkaufen, folgenden Eid schwören: „Ich schwöre hiermit daß ich getreulich alle Gesetze des Staates halten will, den Verkauf spritnöser Getränke regulirend, und daß ich nicht wissentlich verkaufen oder weggeben will berauschende Getränke an Trunkenbolde, oder Unmündige, für gewöhnlichen Gebrauch, und ich werde dasselbe von keinem Angestellten in meinem Geschäft dulden,—wenn es in meiner Macht steht, dieses zu verhüten.

Sektion 4. Irgend eine Person, welche einen so abgelegten Eid wissentlich und absichtlich bricht, soll als Verbrecher angesehen und wenn schuldig befunden, die Strafe für Meineid erhalten.

Sektion 5. Irgend eine Person, welche Liquor verkauf ohne vorgehendes Affidavit gemacht zu haben, soll, wenn schuldig befunden, dieselbe Strafe erleiden, als wenn er ohne Lizens verkauft.

Sektion 6. Der Clerk besagter Court ist berechtigt zu einer Entschädigung von 25 Cents für Abnahme und Recordirung jedes Affidavits mit den ausgetheilten Lizensen und wo diese Lizensen von County Commissären oder Schatzmeister ausgestellt werden, soll es die Pflicht dieser sein, den Eid abzunehmen, und das Affidavit dem Clerk der Court zur Aufbewahrung hergeben.

Sektion 7. Irgend eine Person welche entweder im Großen oder Kleinen unreine gefälschte oder gemischte Liquöre verkauft, macht sich eines Vergehens schuldig, muß wenn überführt, eine Strafe bezahlen von nicht weniger als $50 und nicht über $1000 und eingesperrt werden nach Gutachten der Court.

Mr. Wallace brachte eine Bill ein zur Widerrufung der Acte, Straßen Eisenbahngesellschaften zwingend, Neger in ihre Cars aufzunehmen.

Mr. Beck brachte eine Bill ein, den Congreß ersuchend, ein Gesetz zu erlassen, die Regierungsbonds zu taxiren u. eine schnelle Rückkehr zur Baarzahlung

Mr. Searight verlas eine Bill, den Soldaten von 1812 oder deren Wittwen und Waisen die Pension wieder auszuzahlen, die von der letzten Gesetzgebung widerrufen worden war.

Mr. McCandleß brachte eine Bill ein für Befreiung der National Guards von Taxen.

Mr. Searight brachte einen Beschluß ein, daß die Legislatur sich am 11. März vertag.

Mr. Nible, Phila., brachte eine Bill ein, welche den früheren Beamten des Senats und des Hauses für die 10 Tage seit Eröffnung der Sitzung ihren Gehalt bewilligt.

Mr. Ridgway stellte das Amendment, daß die Meilengelder in keinem Fall mehr als $50 betragen sollen. Die Bill passirte mit dem Amendment.

Haus.

Mr. Klecker, Phila., beantragte, daß die Repräsentanten von Pennsylvanien das Verfahren des V. St. Senates in der Stanton Angelegenheit indossiren.

Mr. Diese, Clinton, beantragte Verweisung der Resolution an das Committee für Laster and Inmoralität, worauf der Sprecher erklärte, daß noch kein solches Committees ernannt wäre.

Ein Antrag die Resolution auf den Tisch zu legen wurde mit einem strikten Parteivotum von 54 „Rep." gegen 45 Dem. verworfen.

Mr. Jones, Berks, beantragte die Resolution dahin zu amendiren, daß verwerfen anstatt „indossiren" gesetzt werde und ferner nach den Worten „Edwin M. Stanton einzuschalten: „ein gewissenloser Feind constitutioneller Freiheit und ein Mann, welcher unwerth ist des Vertrauens amerikanischer Bürger." Das Amendment wurde wiederum mit einem strikten Parteivotum verworfen.

Mr. Diese sprach die Ueberzeugung aus, daß die Wahlen solchen Unsinn entschieden hätten. Er hege die größte Verachtung für Stanton als einen Mann ohne Grundsätze, an dessen Händen das Blut Unschuldiger klebe; auf dessen Stirne Feigheit throne: welcher Bürger Pennsylvaniens ungesetzlich eingekerkert und im Kerker hatte umkommen lassen; und der, nachdem er den Südstatten zu Rebellion rieth, sie feige verlassen hätte.

Mr. Reinoehl, Lancaster, vertheidigte Mr. Stanton und denuncirte den Präsidenten als einen Rebellen.

Mr. Jones stimmte mit Mr. Diese überein und erklärte, Präsident Johnson sei als der Retter des Landes zu betrachten, der die Revolution im Congreß unterdrücken und die Constitution vertheidigen werde. In diesem Kampfe mit dem Congreß werde das Volk zum Präsidenten stehen.

Die Debatte wurde durch den Eintritt der Mitglieder des Senates unterbrochen, welche in gemeinschaftlicher Sitzung einen Staatsschatzmeister erwählen wollten. Bei der Wahl erhielt W. W. Irvin („Rep.") 73, Wm. B. McGrath (Dem.) 58 Stimmen und General Irvin wurde für gewählt erklärt.

Nach der Wahl wurde die Debatte wieder aufgenommen.

Die Herrn von Dauphin, und Hickman von Chester sprachen für und die Herren Beans von Bucks, und Playford von Fayette gegen die Resolution.

Ehe es zur Abstimmung kam, vertagte sich das Haus um 1 Uhr Nachmittags.

Der Rumpf-Congreß.

Washington, 10. Jan.

Senat.

Die Bill bezüglich der Steuer auf destillirte Spirituosen kam vom Hause herunter, um unterzeichnet zu werden, und sie geht jetzt zum Präsidenten.

Die Bill zur Verhütung der weiteren Verminderung des Papiergeldes wurde aufgenommen.

Es wurden mehrere Amendments gestellt, die jedoch durchfielen, und es entspannen sich Discussionen über die von Edmunds, Williams und Buckalew gestellten Anträge.

Henderson brachte eine Resolution ein, die das Finanzcommittee anweist, über eine Bill zur Consolidation der Nationalschuld in Obligationen von langer Zeitdauer Bericht zu erstatten.

Solche Obligationen sollen nicht mehr als 3½ Prozent Zinsen tragen. Capital und Zinsen sollen mit Geld zahlbar und gegen Staats-Besteuerung gesichert sein. Auch soll das Committee berichten, inwiefern es angemessen sei, das Gesetz zu widerrufen, das den Betrag des Nationalbank Courants auf $300,000,000 beschränkt, so daß Personen welche die neuen Bonds deponiren wollen, dafür 75 Prozent des Werthes darauf in National Courant zum Behufe der Circulation erhalten können; dann, ob man von den Nationalbanken verlangen soll, daß sie bis zu einer bestimmten Frist die Obligationen deponiren oder ihre Circulation aufgeben müssen, die jetzt durch die deponirten Regierungs Schuldurkunden gedeckt ist, und wenn dieselben einen Theil ihrer Circulation aufgeben sollten, so daß sie weniger als $300,000,000 Noten ausstehen haben, dann soll der Finanzsekretär ermächtigt sein, gerade so viele Tresor Noten zu emittiren, als sich der Nationalbank Courant vermindert hat, welche Noten zum Ankauf von Obligationen oder zur Zahlung der fällig werdenden Schuldurkunden verwendet werden sollen.

Repräsentantenhaus.

Das Haus schritt zur Erwägung des Berichtes des Wahlcommittees über die angestrittene Wahlsache im ersten Congreßdistrikt von Kentucky. Der Bericht schließt mit der Resolution, daß der anstreitende Theil G. G. Lymer nicht, wohl aber der Inhaber des Wahl Certificats, Herr Lawrence S. Trimble zum Sitz im Haus berechtigt sei.

Nach einer Debatte, welche 3 Stunden lang duerte und an der sich die Hrn. Upton, Maynaard, Kerr, Davies und Andere betheiligten, wurde abgestimmt und die Resoluiion angenommen.

Hr. Farnsworth brachte noch eine gemeinschaftliche Resolution in Bezug auf Bounties für Wittwen, Kinder und Angehörigen solcher Soldaten, welche seit dem 28. Juli 1866 gestorben sind, ein, welche an das Militär Committee überging; und darauf vertagte sich das Haus.

Washington, 13. Jan.

Senat.

Hr. Edmunds brachte die nachfolgende Resolution ein, welche passirt wurde:

„Das Justizcommittee soll angewiesen werden, zu untersuchen, ob es nicht vortheilhaft wäre, gesetzliche Regulationen für die Procedur bei Impeachment Processen und für die Amtssuspendirung während des Impeachment Processes zu erlassen, wenn nach der Ueberzeugung des Senates diese von der öffentlichen Sicherheit geboten erscheint. Ferner ob es nicht vortheilhaft wäre, gesetzliche Bestimmungen für die punktliche Durchführung der Orders und Urtheilssprüche des Senats in solchen Fällen zu erlassen."

Auf Antrag des Senator Davis wurde dessen Resolution, nach welcher die Constitution so amendirt werden soll, daß sie ein aus einem Mitglied eines jeden Staates bestehendes Tribunal creire, das alle constitutionellen Jurisdictionsfragen, die zwischen den Einzelnstaaten und den Ver. Staaten entstehen, entscheiden soll, aufgenommen und bei Seite gelegt.

Hierauf wurde die obenerwähnte Resolution des Senator Davis aufgenommen und Herr Davis ergriff das Wort und suchte zu begründen, daß das vorgeschlagene Tribunal bei dem gegenwärtigen gemischten System eine Nothwendigkeit sei. Er sprach bis zum Erlöschen der Vormittagsstunde und dann wurde die Bill zur Verhütung der eiteren Zusammenziehung des Courants aufgenommen.

Howard indessen beantragte eine Executivsitzung und nach einiger Opposition von Seiten der Herren Sherman und Morton ging sein Antrag mit 23 gegen 19 durch. Der Senat hielt demgemäß Executivsitzung.

Repräsentantenhaus.

Es wurden Bills eingebracht:

Durch Eliot, wegen der Fortdauer des Unterstützungs Bureaus für die Freigewordenen. Wurde dem Committee der Freedmans Angelegenheiten zugewiesen.

Durch Miller, eine Bill, die verlangt, daß zwei Drittel der Richter des obersten Bundes-Gerichts dazu gehören, um ein Gesetz des Congresses für unconstitutionell zu erklären. Wurde dem Justiz-Committee zugewiesen.

Durch denselben, bezüglich eines Tarifgesetzes das den industriellen Interessen des Landes den angemessenen Schutz ertheilt. Zum Finanz-Committee.

Durch Hunter, wegen Fundirung der Nationalschuld und für andere Zwecke. Zum Finanz-Committee.

Burr brachte eine Bill ein, welche allen Bürgern den eingeborenen wie den naturalisirten, den Genuß aller Bürgerrechte nach Maßgabe der Consttitution der Ver. Staaten zusichert. Wurde dem Committee der auswärtigen Angelegenheiten zugewiesen.

Bingham brachte eine Bill ein, welche das Amendement zur Constitution, das als der 14. Artikel derselben bekannt ist, für ratisicirt erklärt. Wurde an das Justiz-Committee referirt.

Wilson von Jowa berichtete unter Suspension der Regulationen Namens des Justiz-Committees die Bill des Senats, welche erklärt, wie viel Richter des obersten Bundesgerichts zu einem Quorum gehören. Die Bill erklärt, daß nicht weniger als fünf Gerichtsräthe ein Quorum bilden sollen. Das Committee schlägt ein Amendement vor, welches erklärt, daß kein dem Bundesobergericht vor liegender, Fall, in welchem die Constitutionalität der Gesetze des Congresses involvirt ist, zu Ungunsten der Gütigkeit solcher Gesetze entschieden werden soll, wenn nicht wenigstens zwei Drittel der Gerichtsmitglieder darin übereinstimmen.

Williams beantragte ein Amendement, nach welchem in solchen Fällen Stimmeneinhelligkeit bestehen soll.

Maynard bat Herrn Williams, sein Amendement so zu modificiren, daß nur noch eine Majorität von drei Vierteln erforderlich sein soll.

William lehnte es ab, er glaube nicht, daß es zu viel verlangt sei, wenn man von einem Gericht, das die Entscheiduugen des Congresses umstößt, der doch das höchste Tribunal des Laudes sein sollte, und in dem 160 Rechtsgelehrte sitzen, die Seimmeneinhetzigkeit fordert.

Es wurden noch mehr Amendements vorgeschlagen, Williams aber weigerte sich, dieselben zu acceptiren und bemerkte, die Bill sei unvollständig und man sollte nicht zu eilfertig Beschluß über sie fassen, sondern sie dem Justizcommittee zurückgeben. Wenn immer auf der Richterbank sich eine abweichende Stimme geltend macht, dann zeigt es sich in neun Fällen unter zehn, daß der diffentirende Richter der zuverlässigere ist.

Pruyn erklärte, daß nach einer vierwöchentlichen Abwesenheit er daß Haus in einem Zustande wieder finde, als stehe die Nation am Rande einer Revolution. Das Haus habe einen Vorschlag des außerordentlichsten Characters vor sich. Nicht nur soll der Präsident seiner Gewalten entkleidet werden, sondern man sucht auch den obersten Gerichtshof seiner Gewalt zu berauben. Zugestandenermassen wird diese Maßregel in Vorschlag gebracht, weil man vermuthet, daß jenes Gericht möglicher Weise eine Entscheidung erlassen könnte, die im Conflict mit den Ansichten der Majorität des Congresses steht. Ein solches Zugeständniß muß die Nation mit Staunen erfüllen.

Marshall sprach sich in demselben Sinne wie Herr Pruyn aus. Er behauptete, daß die Föderal-Constitution keine Gewalt zur Annahme eines solchen Gesetzes gegeben hat und daß dasselbe eine handgreifliche Usurpation sei. Keine Partei darf es wagen, das große Tribunal in den Staub zu treten, das sich unter der Leitung der großen Männer, die demselben präsidirten, einen so hohen Ruf erworben hat. Er rufe die Herren an, mit ihren ungeheiligten Füßen den Obergerichtshof zu verschonen, denn er sei eine Institution, die zur Erhaltung des Gleichgewichts der Regierung unentbehrlich und zum Schutz der Rechte der Bürger nothwendig sei. Wenn jenes Gesetz angenommen wird, dann bleibe auch gar keine Sicherung der Constitution mehr übrig, die für den Bürger noch einen Cent werth wäre.

Wilson von Jowa beantragte, dem vom Committee berichteten Amendement eine Bestimmung anzufügen, daß wenn irgend ein Kreis- oder Distrikts-Gericht der Ver. Staaten ein Gesetz des Congresses als unconstitutionell oder ungültig erkennen sollte, das Erkenntniß, ehe irgend etwas nach demselben verfügt wird, dem obersten Bundesgericht zur Erwägung vorgelegt werden soll, und wenn Zweidrittel der Richter desselben ein solches Erkenntniß des Untergerichts nicht bestätigen, dann soll es als umgestürzt zu betrachten sein.

Es entspann sich eine längere Debatte über die Bill, an welcher noch die Herren Woodward, Hubbard, Theil nahmen; dann wurde über William's Amendement abgestimmt, welches verlangt, daß zu einer Entscheidung die Zustimmung aller Richter gehört. Es wurde mit 124 gegen 25 verworfen. Wilsons Amendement, welches dem Amendement, das vom Justiz-Committee berichtet worden war, eine Bestimmung beifügt, wurde mit 111 gegen 38 angenommen und das Haus stimmte dem amendirten Amendement bei. Dann wurde die Bill selbst mit 116 gegen 39 angenommen.

Darauf vertagte sich das Haus.

Von Washington.

Washington, 12. Jan. Es heißt daß die Verfügung des Generals Meade, welche verordnet, daß die Delegaten der Convention von Georgia aus den Staatsgeldern bezahlt werden sollen, von dem General Grant genehmigt wird.

Der Präsident zieht ernstlich das Verhalten in Betracht, das er beobachten will, sobald Stanton vom Senat wieder in sein Amt eingesetzt werden sollte. Man sagt, er werde sich lediglich nach dem Verhalten des Generals Grant richten. Im Fall Grant sich weigert, das Amt dem Stanton zu übergeben, dann wird er die weitere Entwickelung der Sache abwarten; im Falle jedoch General Grant geneigt sein sollte, die Stelle wieder an Stanton abzutreten, dann dürfte der Präsident sich entschließen, die Suspension Stantons in die gänzliche Absetzung desselben zu verwandeln, in welchem Falle die Sache abermals an den Senat zurückgehen müßte.

Die Schenck'sche Bill zur Verhütung der Whiskey-Defraudationen ist gestern von dem Präsidenten unterzeichnet worden und ist jetzt Gesetz. Ein Telegramm von New-York sagt, daß der Preis des betrügerisch mit Umgehung der Steuer gemachten Whiskey gestern um 55 per Gallone sich vermindert hat und daß man den Whiskey zu $1.20 per Gallone einschließlich des Certificats über die bezahlte Steuer haben könnte.

Senator Thayer von Nebraska hat eine Bill entworfen, die er morgen im Senat einbringen will und die auf die Verminderung der Anzahl der Generalmajore auf vier und der Brigadegenerale auf neun abzielt und die es dem Kriegsminister zur Pflicht macht, alle diejenigen Offiziere der genannten Grade auszumustern, die zuletzt ihre Anstellungspatente erhalten haben. Die Wirkung der Bill würde die Entlassung des Generalmajors Hancock und des Brigadegenerals Ronssean aus der regulären Armee sein.

Der Senat war heute fünf Stunden lang in Executivsitzung und debattirte über die Resolution, die das Militär-Committee berichtete und die dahin lautet, daß, nachdem der Senat die aktenmäßigen Thatsachen und die Ursachen in Erwägung gezogen, die der Präsident in seiner Botschaft vom 20. Dezember v. J. für die Suspension des Kriegsekretärs Edwin M. Stanton vom Amt angegeben hat, der Senat nicht in solche Suspension willigt. Um 7 Uhr Abends wurde abgestimmt und die Resolution wurde mit 35 gegen 6 angenommen. Der Senat ordnete an, daß eine beglaubigte Abschrift der Resolution dem Präsidenten Johnson, dem General Grant und dem Edwin M. Stanton zugefertigt werde.

Aus Europa.

Süddeutschland.

Die Fortschrittspartei in Hessen hat einen Aufruf für die bevorstehenden Wahlen zum Zollparlament erlassen, worin sie bemerkt, daß jenes Parlament nicht blos eine wirthschaftliche Bedeutung habe; ihm falle auch eine nahe politische Aufgabe zu. Die Erwählten der Nation könnten nicht zusammentreten, ohne ihre Stimme mit mächtiger Gewalt dafür zu erheben, daß dem Volk endlich sein Recht gewährt werde, daß es als ein nach Innen und Außen in freiheitlicher Verfassung festgeeintes Ganze dastehe und zu dem Rang unter den Völkern der Welt emporsteige, zu dem es durch seine Kraft und Energie berufen sei. Dem geeinten Volk gebühre es, dann überall für die politische, bürgerliche und geistige Freiheit einzustehen. Die Erweiterung des Nordbundes zum großen, freien Reiche durch Zutritt der süddeutschen Staaten müsse deshalb das Ziel sein.

Betreffs der jüngst in München abgehaltenen Militärconferenz wird von dort gemeldet, daß sie gar kein positives Ergebniß gehabt habe. Baden und Würtemberg hätten die preußischen Exercirreglements und das preußische Zündnadelgewehr angenommen. Baiern dagegen habe sich weder zu dem Einen noch zu dem Andern zu entschließen vermocht. Ebenso sei gar keine Entscheidung betreffs der Festungen Ulm und Rastadt getroffen worden, was Preußen jedenfalls nicht lieb sein könne. Die bairischen Blätter insinuiren, daß die relative Ergebnißlosigkeit der Verhandlungen hauptsächlich durch Badens Haltung verursacht worden sei.

Die französische Regierung hat in Oesterreich 16 Millionen Metzen Getreide bestellt und da die österreichischen Eisenbahnwagen für den Transport nicht ausreichen, so sind gegen 2000 französische Eisenbahnwagen auf österreichischem Boden, um dem Mangel abzuhelfen.

Lörrach. (Baden). Der Weinhandel hat im Markgräflerland noch nicht die wünschenswerthe Lebhaftigkeit angenommen, wiewohl die 67er Weine in der That zu den besten Jahrgängen gezählt werden dürfen. Indeß haben unsere Wirthe den nöthigsten Bedarf eingekellert und allenthalben sind schon Geschäfte in weißen u. rothen Weinen abgeschlossen worden. Die Preise variiren von 17 fl. 18 fl., 19 fl. 30 kr., 20 fl. bis 24 fl. In Laufen — einer der ältesten Weinkolonien—wurden zu 25 fl. weiße Sorten, in Grenzach zu 30 bis 36 fl. rothe Sorten verkauft.

Norddeutscher Bund.

Beim Neujahrsempfang der Generäle im Schlosse in Berlin begrüßte der Feldmarschall Wrangel den König von Preußen als Bundesfeldherrn, und der König sprach sein Vertrauen auf die Tüchtigkeit der Armee und zugleich die feste Zuversicht zu der Aussicht einer friedlichen Weiterentwickeluug aus.

Die halbofficielle Provinzialcorrespondenz in Berlin bemerkt in einer Besprechung der Entwickelung Deutschlands im Jahre 1867, daß das deutsche Volk allen Grund habe, sich zu dem, was geschehen, Glück zu wünschen; das, was noch unvollendet sei, könne man ruhig der Zukunft überlassen. Das Bundesheer sei ebenso bereit zu einem Feldzuge wie die preußische Armee.. Alle Großmächte hätten den Norddeutschen Bund anerkannt. Die Trennung des Nordens und Südens sei thatsächlich bereits durch die Militärbündnisse und den Zollverein beseitigt. Das deutsche Volk fühle sich geeinigter und mächtiger denn je bevor. Die Veränderung werde im Ausland gewürdigt und ankannt. Deutschland könne in allen Richtungen das Gewicht seiner großen nationalen Stärke in die Wagschale werfen. Der Geist des Volkes und die Stärke der Regierung seien die Bürgschaft neuer Stärke und dienten vor Allem für die Erhaltung des Friedens:

Der Graf Arnim-Boyzenburg, der Führer der preußischen Feudalen und der vertraute Freund des Grafen Bismarck, ist gestorben. Im Sommer 1866 befiel ihn ein Gehirnleiden, das ihn nöthigte sich in Zurückgezogenheit sich den Anstrengungen des öffentlichen Lebens zu entziehen.

Der Commandant von Berlin, General von Alvensleben, ist gestorben.

Der Nothstand in Ostpreußen steigert sich immer mehr; die Bettelei hat so um sich gegriffen, daß selbst die größeren Besitzer nichts mehr zu geben vermögen und ihre Höfe von innen abgeschlossen haben, um die andrängenden Bettler gar nicht erst einzulassen. Gegen die Regierung wird der Vorwurf erhoben, daß ihre Vorkehrungen, um dem Elend zu steuern, durchaus unpraktisch und ungenügend seien; sie hat zwar Arbeiten für neuanzulegende Eisenbahnen eröffnen lassen, allein bei der großen Kälte, die jetzt in jenen Gegenden eingetreten ist, — 15 Grad, — sind Erdarbeiten unmöglich Außerdem hat sie Vorschußbewilligungen gemacht, allein dieselben kommen nnr dem kleinen und großen Besitzer zu Gute, nicht den Tagelöhnern. Es ist jetzt die Rede davon, daß die Militärmagazine geöffnet werden sollen.

Frankreich.

Der Abendmoniteur vom 2. Januar bemerkt in seiner politischen Uebersicht: „Das Jahr beginnt unter günstigen Auspicien. Der Frieden ist in keinem Theil Europa's gestört worden. In Folge der Weisheit der Nationen und ihrer Regierungen darf man hoffen, daß die Fragen, welche die Aufmerksamkeit der Diplomatie beschäftigen, in freundschaftlicher Weise auf einer befriedigenden Basis gelöst werden. Die über ihre Interessen und Pflichten aufgeklärten Völker werden aufgefordert, einander in dem Werke des Fortschrittes als dem Ziele ihrer gemeinsamen Bestrebungen Beistand zu leisten. Die Lehren des Jahres 1867 werden nicht verloren gehen. Die anarchischen Versuche in England, Spanien und Italien sind der entschiedensten Mißbilligung seitens des Rechtssinns der Bevölkerung begegnet. Treu gegen die Traditionen seiner Politik fährt Frankreich fort, seine civilisirende Aufgabe zu erfüllen. Die allgemeine Ausstellung ist das Symbol der Verbrüderung und Solidarität geworden, welche die Ehre unseres Zeitalters bilden. Daheim hat Frankreich gelernt das Princip der Autorität mit der regelmäßigen Ausübung weiser und fruchtbarer Freiheit zu vereinbaren. Das Land hat jede Gelegenheit benutzt, um dem Kaiser seine Dankbarkeit zu beweisen, und hat aufs Neue in den jüngsten Kammerdebatten die innige Uebereinstimmung, welche zwischen ihm und der Regierung besteht, gezeigt. Nach Außen hin hat Frankreich seinen Einfluß zu Gunsten des Friedens und der allgemeinen Interessen Europa's ausgeübt. Wenn Frankreich den päpstlichen Thron in energischer Weise unterstützt hat, so geschah es, weil die Sache des heiligen Stuhls die des auf den Verträgen basirten Rechts und der Gerechtigkeit ist. Indem Frankreich sich den Excessen der revolutionären Faktionen widersetzt hat, hat es dem Papstthum, der Regierung Viktor Emanuels und ganz Italien einen ausgezeichneten Dienst geleistet. Indem Frankreich alle europäischen Mächte ohne Unterschied eingeladen hat, durch die moralische Autorität ihrer gesammten Rathschläge das Werk der Versöhnung zu erleichtern, hat es einen neuen Beweis seiner politischen Unpartheilichkeit gegeben. Die Regierung des Kaisers, welche Beweise der Sympathie von verschiedenen Regierungen empfangen hat, hofft, den praktischen Werth ihrer Vorschläge noch anerkannt zu sehen."

Locale Neuigkeiten.

Lancaster, Pa.

Donnerstag, Januar 23, 1868.

Ein schönes Geschenk. — Die Mitglieder des „Washington Conclaves" No. 9, des U. O. S. W. M. von Lancaster City, überreichten am letzten Samstag ihrem neuerwählten Sekretär eine goldene Feder mit silbernen Stiel, im Werthe von $8 bis $9.00. Die ueberreichung geschah durch Adam Bertsch, der eine sehr zweckmäßige und begeisterte Ansprache hiet, die vom Sekretär eben so geistvoll erwiedert wurde. So weit wir in Erfahrung bringen konnten, sind folgende Brüder des Ordens die Stifter des Geschenkes: Peter Hauser, Jacob Lampater, R. Reiner, Jacob Schober, Georg Hohloch, Math. Siegler, Heinrich Jung, Wm. Constien, Jakob Vorek, Friedrich Eisemann, Adam Bertsch, Sebastian Kempf, Christ. Blumenstock, Christ. Obländer, Philipp Keller und Gottlieb Metzger.

Neue Patente.—Unser werther Freund A. Iske hat unterm 7ten Januar 1868 ein Patent erwirkt auf eine vereinigte Thürschelle und Alarm-Schloß. Diese sinnreiche Erfindung macht es unmöglich, an einer damit versehenen Thüre den Knopf des Schlosses zu drehen, ohne daß die Schelle erklingt, und außerdem ist die Bekleidung des Schlüsselloches in eine solche Verbindung mit der Schelle gebracht, daß das Einstecken eines Schlüssels oder Dietrichs sofort die Schelle anschlagen läßt. Diese Einrichtung sollte an keiner Thüre fehlen.

Ein Kleesamen-Dieb. — Letzte Woche stahl ein Neger, Namens Bristo Carto, vier Buschel Kleesamen von Georg Harlan in Fulton Townschip, Lancaster County. Er brachte denselben an irgend einen Punkt an der Pennsylvania Eisenbahn-Linie, wo er ihn verkaufte, seit welcher Zeit er spurlos verschwand.

Ein Pferdedieb eingefangen. — Am Neujahrstage wurde dem Hrn. J. F. Cockey in Cockeystown, Md., ein werthvolles Pferd gestohlen. Erst am vorletzten Dienstag kam man dem Dieb auf die Spur, indem ein Mann, Namens Charles Moore in Straßburg, Lancaster County, ein Pferd, für welches er anfangs $175 forderte, später für $40 zu verkaufen suchte. Er wurde arretirt, und vor Alderman Wiley hierher gebracht, welcher ihn beistecken ließ. Letzten Freitag kamen Hr. Cockey und sein Bruder hierher, und reklamirten das Pferd als ihr Eigenthum. Moore ist jetzt im Gefängniß, um die Requisition des Gouverneurs von Maryland abzuwarten.

Ein böser Husten verursacht den Freunden des Leidenden beinah soviel Schmerzen, als dem Leidenden selbst, und sollte daher sofortige Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Dr. Wistar's Balsam von Wild-Kirschen heilt schnell Husten, Erkältung, Entzündung, Halsschmerz u. s. w. Es lindert immer Auszehrung, und in wohl bewiesenen Fällen hat es eine vollständige Kur bewirkt.

An Jagdliebhaber. — Die gesetzliche Zeit zum Schießen von Hasen, Fasanen, u. s. w. verlief am 1. Dieses, und verfallen alle solche die das Gesetz übertreten, in eine Strafe von $5.00 für jedes der erwähnten Thiere.

Schweinisch. — Capt. T. Dinan von der National-Haus Restauration hiesiger Stadt, schlachtete letzten Mittwoch ein Schwein, das 715 Pfund wog.

Turnpeik-Wahlen.—Vorletzten Montag wurden folgnde Turnpeikbeamten erwählt:

Lankaster, Elisabethtown und Middletown: — Präsident — Henry G. Long; Verwalter—John F. Steinman, John F. Long, E. C. Reigart, R. A. Bär, P. McEvoy, Christ. Hiestand, Sem. Brubaker, Henry Mayer, James Lynch, James Young; Schatzmeister—Jacob M. Long.

Neu-Holland:—Solomon Diller, Präsident; Roland Diller, Schatzmeister; Hon. H. G. Long, Dr. Isaak C. Weidler, Abraham Scheibley, Henry A. Roland, C. F. Roland, A. M. Frantz, Esq., A. E. Roberts, Verwalter.

Lancaster und Susquehanna:—Präsident—E. C. Reigart, Esq.; Verwalter—Hon. H. G. Long, J. B. Garber, Jas. L. Reynolds, Esq., J. M. Long, G. D. Coleman, Jonas Garber, W. H. Drayton; Schatzmeister—W. P. Brinton.

Bank-Direktoren.—Folgende Bank-Direktoren wurden vorige Woche erwählt:

Farmers' National Bank:—C. Hager, Jacob Bausman, Thomas E. Franklin, John Beck, Geo. M. Kline, Henry Musselman, Charles A. Heinitsch, Jacob S. Schirk, John C. Hager, Amos L. Witmer, Ruben A. Bär, Lewis Haines, Daniel Heitschu.

Contrakt für Papier zuerkannt. Bei der Austheilung von Regierungs-Papier-Contrakten vorige Woche in Washington, wurde ein Contrakt für 8000 Ries Papier der hiesigen Drucker-Papiermühl Compagnie zu 17 4—10 Cents das Pfund zuerkannt.

Kurzgefaßte Localneuigkeiten.—Henry Kurtz von Mountjoy mästet gegenwärtig 230 Stück Vieh für den Markt.

Die Conowingo Brücken Compagnie hat eine Dividende von 66 Cents per Antheil erklärt.

Gefährliche falsche $10 Noten auf die Erste National Bank von Philadelphia befinden sich im Umlauf. Sie sind gut gemacht, und man sollte auf der Hut sein.

Ein Hühnerdieb in Trubel.—Früh vorigen Samstag Morgen wurde William Dorwart bei der 11. und Pine Straße in Philadelphia auf die Anklage verhaftet, eine Partei Hühner und Weschhähne, die er in seinem Besitze hatte, gestohlen zu haben. Er gestand übrigens den Diebstahl ein und sagte, daß er nach Lancaster County gehöre und dort in den Hof der Bauerwirthschaften gedrungen sei und Geflügel gestohlen habe. Die Eigenthümer des Federviehs können ihre lebende Waare im Stationshause des 5. Polizeidistrikts in Empfang nehmen. Dorwart wurde von Alderman Swift für einen Prozeß eingesteckt.

Sängerbund.—Die Delegaten der Gesang Vereine von New York und Baltimore hielten vorletzten Montag mit jenen Philadelphia's in letzterer Stadt eine Versammlung und adoptirten eine Constituion für die Gründung eines „nordöstlichen Sängerbundes." Sie erwählten die neue „New Yorker Musikzeitung" als offizielles Organ.

Perry Davis' Pain Killer.

Wir haben nur wenig Vertrauen in die ausposaunten Erklärungen der Eigenthümer angezeigter Medizinen, aber können nicht umhin in die Meinung einzustimmen, die allgemein von Denen ausgesprochen wird, welche Perry Davis' Pain Killer gebraucht haben, nemlich daß es ein sehr werthvoller Artikel ist, welcher in jedem Haushalte vorräthig sein sollte, um Quetschungen, Verbrühungen, Brandwunden, Diarrhoe, Ruhr, Cholera, Fieber und viele andere innerliche und äußerliche Krankheiten, für die es geeignet ist, zu heilen oder zu lindern. Keine andere Medizin hat je eine so unbegrenzte Popularität und ausgedehnte Verbreitung erlangt. Er ist nach allen, selbst den entlegensten Theilen der bekannten Welt gedrungen, und trägt Heilkraft mit sich die mächtiger ist, als der „Balsam Arabiens". Wir erfahren von unseren bedeutensten Druggisten, daß sie von diesem Artikel mehr für Export verkaufen, als von allen anderen zusammengenommen, und daß der Begehr dannach stetig im Zunehmen ist. — Salem Observer.